

Medienmitteilung vom 3. März 2024

# Die Zürcherinnen und Zürcher wollen eine pragmatische Umsetzung des Zürichseewegs

## *Stimmvolk lehnt die Uferinitiative erfreulicherweise ab*

**Die Argumente der Allianz gegen die Uferinitiative haben Gehör gefunden: Die Uferinitiative hätte zu unverhältnismässigen Enteignungen geführt, exorbitante Kosten verursacht und der Natur geschadet. Nun gilt es, konstruktiv nach vorne zu schauen. Der Zürichseeweg soll, gestützt auf die heutigen Grundlagen im Strassengesetz, weiter ausgebaut werden. Dabei ist aber auf die Eigentumsverhältnisse und den Naturschutz zu achten.**

Das Seeufer soll aufgewertet, die Zugänge für die Öffentlichkeit sollen verbessert werden: Das ist auch für die Allianz gegen die Uferinitiative unbestritten. Um genau dies mit gesundem Menschenverstand und in enger Absprache mit den betroffenen Gemeinden umzusetzen, sind die bestehenden gesetzlichen Grundlagen aber ausreichend. Gemäss Strassengesetz werden jedes Jahr mindestens 6 Millionen Franken budgetiert, um konkrete Projekte umzusetzen. Verschiedene Vorhaben sind am rechten und linken Seeufer in der Pipeline.

Die Uferinitiative dagegen wäre viel zu weit gegangen. Ohne Rücksicht auf Natur und Eigentumsverhältnisse wollten die Initianten einen durchgehenden Weg durchboxen. Das wäre schädlich gewesen für die Biodiversität, hätte einen Dambruch im Umgang mit Privateigentum bedeutet und hätte zu unverhältnismässig hohen Kosten geführt; der Regierungsrat bezifferte sie, konservativ geschätzt, auf bis zu 650 Millionen Franken.

Domenik Ledergerber, Präsident und Kantonsrat SVP, Präsident FAiR (Für eine Aufwertung des Zürichseeufers im Recht) und Co-Präsident der Allianz gegen die Uferinitiative, sagt: «Es ist erfreulich, dass die Zürcherinnen und Zürcher dieser klassenkämpferischen Brechstangen-Initiative eine Abfuhr erteilt haben. Nun gilt es, den Zürichseeweg dort auszubauen, wo dies sinnvoll und machbar ist, unter Berücksichtigung der Eigentumsverhältnisse und des Naturschutzes.»

Im Co-Präsidium der Allianz gegen die Uferinitiative engagierten sich neben Domenik Ledergerber auch Yvonne Bürgin (Nationalrätin Die Mitte, Gemeindepräsidentin Rüti), Sonja Rueff-Frenkel (Kantonsrätin FDP) sowie Thomas Isler (Präsident Zürichsee Landschaftsschutz).

## Für Rückfragen

**Yvonne Bürgin**, Nationalrätin Die Mitte, Gemeindepräsidentin Rüti, 079 278 11 43

**Thomas Isler**, Präsident Zürichsee Landschaftsschutz, 079 364 90 09

**Domenik Ledergerber**, Präsident und Kantonsrat SVP, Präsident FAiR, 079 295 90 22

**Sonja Rueff-Frenkel**, Kantonsrätin FDP, 076 488 28 55

